

Das Ringen um die Windparks hat begonnen

Energiewende contra Wohnqualität: Umweltausschuss gibt grünes Licht für Raumordnungsverfahren / Protest von Heinumer Initiative

Kreis Hildesheim (sky). Windkraft wollen alle – aber zu welchem Preis, besonders, wenn man in der Nähe dieser immer größer werdenden Anlagen leben muss. Dieser Interessenkonflikt beherrschte gestern Nachmittag die Politiker im Kreistag fraktionsübergreifend. Anlass ist die Freigabe des sogenannten Raumordnungsverfahrens, mit dem in den kommenden zwei Jahren im gesamten Landkreis die Flächen festgelegt werden, auf denen sich Rotorenblätter drehen können.

Jürgen Flory hat hierzu eine Verwaltungsvorlage vorgelegt, mit der versuchen wollte, einen Interessenausgleich vorzu-

schlagen, der gleichzeitig „rechtssicher“ ist, wie er betonte. „Wir müssen den Anforderungen des Gesetzgebers nachkommen und Windkraftanlagen dulden“, erläuterte er. Auf Grund der engen topografischen Verhältnisse gerade im Südkreis hat er daher einen Abstand zu Siedlungen von 750 Metern in sein Papier geschrieben, obwohl sich schon die CDU-FDP-Landesregierung in Niedersachsen vor Jahren auf 1000 Meter Abstand festgelegt hatte. „Das soll keine endgültige Entscheidung bedeuten, am Ende legen die einzelnen Städte und Gemeinden die Abstände fest“, sagte Flory.

Geregelt wurde bereits der Abstand

von Windkraftpark zu Windkraftpark im Landkreis Hildesheim. Der beträgt 5 Kilometer. Bis zu 18 Vorranggebiete seien nach seiner Planung möglich, wenn die Abstände im Süden eben geringer als im Nordkreis ausfallen würden.

Doch genau dagegen protestiert die Initiative „Kein Windpark in Heinum“. Deren Mitglieder suchten gestern in großer Zahl die Sitzung auf, um die Kreispolitiker dazu zu bringen, den Abstand zur Wohnbebauung sogar auf 1500 Meter festzuschreiben. Sie befürchten durch eine „Verspargelung“ einen Wertverlust ihrer Immobilien und damit ihrer Altersvorsorge.

Dass es auch andere Interessen von Anwohnern gibt, machte ein Vorschlag von Walter Busche aus Eime in der Einwohnerfragerunde deutlich. Er investiert schon seit gut 20 Jahren in Windkraft und möchte seine Anlagen nun repowern, also vergrößern. Doch mit seinem Eimer Windpark stoße er nun an formale Grenzen: „Können wir nicht in Eime, wo die Bürger hinter dem Projekt stehen, die Fläche ausweiten und dafür auf Heinum verzichten?“ Zwar erntete er dafür Kopfnicken von den Heinumern, aber das Raumordnungsprogramm hat nun mal seine eigene Gesetzmäßigkeit, sagte Flory.

Heftigen Gegenwind gab es vor allem seitens der CDU und den Unabhängigen. Uwe Steinhäuser, Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen, stimmte als Einziger gegen das Raumordnungsverfahren, das voraussichtlich zwei Jahre in Anspruch nehmen werde. CDU-Sprecher Ralf-Mannfred Lehne hob zwar seine Hand für die Zustimmung, machte aber klar, dass er es mit „Bauchschmerzen“ tue: „Das besondere Gewicht, das der Gesetzgeber auf die Windkraft legt, bedeutet nicht, dass zwangsläufig jede geeignete Fläche in Betracht kommt.“ Für ihn habe die Wohn- und Lebensqualität der Menschen im Landkreis auch ihre Bedeutung.